Abendausgabe

Nr. 312 ♦ 42. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 153

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Sonnabend
4. Juli 1925

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9—5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Ein Vorstoß der Zollwucherer.

Die Opposition soll abgewürgt werden.

Die wahren Absichten der bürgerlichen Mehrheit im handelspolitischen Ausschuß wurden heute vormittag durch einen Vorstoß der Bayerischen Volkspartei enthüllt. Wir haben nie darüber Zweifel gehabt, daß es den bürgerlichen Herren nicht auf eine sachliche Durchberatung der gesamten und sehr verwickelten Materie ankommt, sondern nur darauf, möglichst rasch, wie Genosse Breitscheid feststellte, „die Ernte in die Scheunen zu bringen."

Nachdem Genosse Sollmann in ganz außerordentlich eindrucksvoller Weise auf die verhängnisvollen Folgen der Erhöhung der Zollsätze für unerläßliche Hilfsmittel beim Wohnungsbau hingewiesen hatte, erhob sich der Bayerische Volksparteiler Dr. Horlacher, der Typus des bayerischen Bauerndoktors, um Schluß der Debatte über das Kapitel „Steine und Erden" zu beantragen und gleichzeitig den Antrag zu stellen,

in der Spezialdebatte die Redezeit bei den einzelnen Positionen auf fünf Minuten zu beschränken.

Der Vorstoß Horlachers ließ die Opposition in große Erregung geraten. Allenthalben empfand man den Antrag als eine Provokation. Es hagelte Zwischenrufe, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigließen und die in Verbindung mit den Erklärungen des Genossen Breitscheid und des Kommunisten Rosenberg den bürgerlichen Abgeordneten doch den Ernst der Situation zu Gemüte geführt haben dürften. Breitscheid ließ keinen Zweifel darüber, daß sich die Sozialdemokraten eine solche Behandlung nicht gefallen lassen werden. Er bezeichnete es als eine kaum verständliche Kühnheit, daß die bürgerlichen Parteien nun schon bei der ersten Gelegenheit den Versuch unternehmen, die Aussprache abzuwürgen.

Für das Zentrum erklärte der Abg. Lammers, daß sich seine Fraktion vorerst gegen den Antrag der Bayerischen Volkspartei ausspreche, aber doch dringend um eine mögliche Konzentration in der Aussprache bitte. Der Vorsitzende machte dann bekannt, daß Horlacher seinen Antrag zurückgezogen habe.

Das war der erste Vorstoß der Reaktion. Die Sozialdemokratie wird sich jedoch dadurch nicht beirren lassen und immer wieder darauf drängen, daß mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen das Für und Wider abgewogen wird, daß nicht das Volk als Opfer der kleinlichen Raffgier der wirtschaftlich Starken eine unerträgliche soziale Belastung erfährt. Nachzutragen ist noch, daß auch bei der heutigen Debatte die bürgerlichen Parteien schwiegen. Hier blieb es dem Abg. Dr. Schneider (D. Vp.), der nach wie vor in unerträglicher Ueberheblichkeit in die Geschäfte des Vorsitzenden hineinzureden versucht, vorbehalten, dem Abg. Raschig gegenüber zu bemerken,

da er gar keine Antwort bekommen werde.

Für die Herren ist von ihrem Standpunkt aus eben alles klar.

Aus der sachlichen Aussprache ist noch zu unterstreichen die Begründung des Genossen Sollmann für den Antrag, daß der Arbeitsminister wegen der Einwirkungen der Zollerhöhungen auf den Baumarkt gehört werden soll. Er betonte dabei, daß die Erhöhung der Preise durch die neuen Zölle die Bautätigkeit weiter hemmen müsse. Die Genossin Sender begründete den sozialdemokratischen Antrag, den Reichsbankpräsidenten Schacht gutachtlich über die Rückwirkung der Zollerhöhungen auf die Währung zu hören.

Der Ausschuß trat dann in die Abstimmung der Anträge zu den einzelnen Positionen ein. Dabei wurden die Anträge der Opposition gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten von der geschlossenen Front der Bürgerlichen abgelehnt.

Beginn der Zollenquete.

Die auf Antrag der Sozialdemokraten eingesetzte Enquetekommission wird am Montag ihre Arbeit beginnen. Auf Beschluß des Handelspolitischen Ausschusses wurden zu gleichberechtigten Vorsitzenden berufen: Prof. Dr. August Müller und Prof. Rabethge. Zu Beisitzern wurden bestimmt die Herren Warmbold, Sering, Aereboe und Sadawe. Die Kommission wird außerdem durch Vertreter der verschiedenen Fraktionen verstärkt.

Stresemann gegen Schiele.

Vorhaltungen und peinliche Fragen.

Die Angelegenheit des Schiele-Briefes vom 25. Mai war zunächst eine Angelegenheit Schiele. Kopfschüttelnd nahm die Oeffentlichkeit von diesem Briefe Kenntnis. Dann wurde sie — durch die offizielle Erklärung der Deutschnationalen von gestern — eine Angelegenheit Deutschnationale gegen Stresemann, heute ist sie zu einem Streitfall zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei geworden. Die Deutsche Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

In einer Veröffentlichung ist aus deutschnationalen Kreisen darauf hingewiesen worden, daß sich der Reichsaußenminister in seinen verschiedenen ausführlichen Darlegungen über den Sicherheitspakt, z. B. in seinen Reden in den Sitzungen vom 15., 18. und 24. März, an denen der Reichsminister Schiele teilgenommen hat, über wichtige Punkte des Memorandums, z. B. die Frage der Entmilitarisierung des Rheinlandes, den Schiedsvertrag mit Frankreich und die Möglichkeit der Kombination mit einer oder aller in dem Memorandum gegebenen Anregungen, nicht ausdrücklich ausgesprochen hätte, sodaß Herr Minister Schiele keine Veranlassung gehabt hätte, Bedenken gegen das Memorandum zu erheben, zu denen ihn nur die genaue Kenntnis des Wortlautes des Memorandums hätte veranlassen können.

Demgegenüber darf darauf hingewiesen werden, daß in der durch WTB. gebrachten Veröffentlichung der Reden des Außenministers über den deutschen Sicherheitsvorschlag ausdrücklich betont wurde, daß Deutschland bereit sei, mit allen Ländern Schiedsverträge auf der Grundlage der bisher von ihm geschlossenen Verträge zu schließen, sodaß schon daraus anzunehmen ist, daß diese Frage auch in seinen übrigen Darlegungen, über die Stenogramme nicht bestehen, ebenso behandelt worden ist. Wenn der Außenminister überhaupt die gegenüber dem großen Gedanken des gegenseitigen Sicherheitsabkommens minder wichtige Frage einer gegenseitigen Garantierung der Entmilitarisierung in diesen Reden nicht erwähnt haben sollte,

so ist Herrn Minister Schiele sicherlich bekannt, daß auch diese Frage in einer Besprechung zwischen zehn Mitgliedern der deutschnationalen Reichstagsfraktion, dem Außenminister und dem Reichskanzler erörtert worden ist,

sodaß die führenden Mitglieder seiner eigenen Fraktion jedenfalls auch hierüber unterrichtet waren.

Wenn im übrigen eine Darstellung, die dem „Berliner Lokal-Anzeiger" aus deutschnationalen Kreisen zuging, zutreffend ist, wonach die Anregung zu der Ministerbesprechung vom 24. März von dem Reichsminister Schiele selbst ausgegangen ist, so entsteht die Frage, warum Herr Minister Schiele oder einer seiner deutschnationalen Kollegen nicht in dieser Besprechung um die Verlesung oder Aushändigung des Memorandums ersucht hat, ein Ersuchen, dem doch selbstverständlich entsprochen worden wäre. Tatsächlich ist aber von keinem der deutschnationalen Minister an das Auswärtige Amt jemals das Ersuchen gerichtet worden, den Wortlaut des Memorandums kennenzulernen. Im übrigen ist politisch bedeutungsvoll, daß Herrn Reichsminister Schiele nach dieser Veröffentlichung aus deutschnationalen Kreisen die übrigen Punkte des Memorandums, also insbesondere auch die darin enthaltene Anerkennung des Statusquo für die Westgrenze,

keine Veranlassung zu Bedenken gegeben habe.

Diese parteioffiziöse Erklärung der Deutschen Volkspartei zerschlägt den deutschnationalen Versuch, die Verantwortung für die Politik des Sicherheitspaktes von den deutschnationalen Ministern abzuwälzen. Sie stellt fest, daß Herr Minister Schiele — um im deutschnationalen Jargon zu reden — bereit war, die schmachvollen Bedingungen des Versailler Vertrags noch einmal zu unterzeichnen und Elsaß-Lothringen noch einmal und auf ewig preiszugeben.

Soweit ist die Briefangelegenheit ein Streitfall zwischen den beiden rechten Regierungsparteien. Sie ist zugleich ein persönlichen Streitfall Schiele-Stresemann. Der Brief Schieles und die Erklärung der Deutschnationalen dazu bezichtigen Stresemann der Eigenmächtigkeit und Hinterhältigkeit. Die Antwort Stresemanns aber bezichtigt den Minister Schiele der Unwahrhaftigkeit. Oder soll man annehmen, daß die peinlichen Fragen und Vorhaltungen dieser Antwort nur dazu dienen sollen, Herr Schiele als einen Minister hinzustellen, dem nicht einmal seine eigenen Parteigenossen sagten, was los ist?

Wenn der Reichsaußenminister und der Reichsinnenminister mit so scharf pointierten Erklärungen in der Oeffentlichkeit sich auseinandersetzen, wird man wohl sagen dürfen, daß die „Einigkeit" im Kabinett sehr problematisch ist.

Stresemann gegen Reventlow.

Eine offiziöse Erklärung.

Durch WTB. wird erklärt:

Der Abgeordnete Graf Reventlow kommt in Nr. 305 der „Deutschen Zeitung" vom Freitag den 3. Juli auf die Frage der Ruhrräumung zurück und vertritt ebenso wie in seinem früheren am Sonntag den 2. Juni in der „Deutschen Zeitung" veröffentlichten Aufsatz die These, daß Frankreich nicht verpflichtet wäre, bis zum 16. August die Ruhr zu räumen, da in dem Notenwechsel zwischen der deutschen und der französischen Regierung im vergangenen Sommer während der Londoner Konferenz für den Spätesttermin, den 16. August d. Js. lediglich versprochen worden wäre, zur Räumung des Ruhrgebiets zu schreiten. Falsche Uebersetzungen änderten daran nichts.

Die Behauptung, daß der Brief des französischen und belgischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler Marx vom 16. August 1924 falsch übersetzt worden sei, muß auf das entschiedenste zurückgewiesen werden. Der Ausdruck, „ils procederont à l'evacuation militaire du territoire de la Ruhr dans le délai maximum d'un an à partir de ce jour," ist vollkommen zutreffend dahin übersetzt worden, daß die französische und belgische Regierung innerhalb einer Höchstfrist von einem Jahre, vom 16. August 1924 ab gerechnet, die militärische Räumung des Ruhrgebiets vornehmen werden. Die These des Grafen Reventlow findet weder in dem Wortlaut der auf der Londoner Konferenz gewechselten Briefe noch in den Tatsachen eine Stütze und wird zudem durch die Auslegung, die französischerseits diesen Briefen gegeben wird, widerlegt. Eine Kennzeichnung dieses Vorgehens des Grafen Reventlow, das sich lediglich aus dem Bestreben erklärt, der deutschen Regierung um jeden Preis Schwierigkeiten zu bereiten, erübrigt sich.

Die offiziöse Erklärung vergißt hinzuzufügen, daß die „Deutsche Zeitung" nicht nur vom Grafen Reventlow, sondern auch von hervorragenden Mitgliedern der deutschnationalen Regierungspartei als Sprachrohr benutzt wird. Red. d. „V."

China in Aufruhr.

Von Richard Huelsenbeck.

Der Verfasser schildert die Eindrücke, die er während einer Reise durch China im Frühjahr d. J. erhalten hat. (Red. d. „Vorwärts".)

Wenn man den Jangtse hinauffährt, sieht man auf den Höhen, die den Fluß links und rechts begleiten, Kanonen stehen und neben den Kanonen Soldaten in Kakiuniform und mit Schildmützen, die auf die etwas schiefen Mongolenschädel nur widerwillig passen.

Wenn man durch Nanking oder Kanton fährt, sieht man in den Straßen fast mehr Soldaten als Zivilisten.

Das ganze Land ist militarisiert, und in der allgemeinen Spannung weiß niemand, an welcher Ecke der Kampf wieder losgehen wird.

Die Mandschurei wird von Tschangtsolin beherrscht. Er ist ganz offensichtlich ein gefügiges Werkzeug der Japaner, die ihn von Dalny und Port Arthur aus mit Kriegsmaterial unterstützen.

Kürzlich hat ein deutsches Schiff, der „Stadtrat Fischer", ein Dampfer der Hamburger Reederei Schroeder, Hoelken u. Fischer, Munition für Tschangtsolin nach Dalny gebracht; und zwar deutsche Reparationsmunition, die von Livorno aus mit Hilfe italienischer Großindustrieller verschoben wurde.

Das ist eine dunkle Affäre. Ich sah den Dampfer, einen richtigen schwimmenden Sarg, in Niederländisch Indien, in Sabang, das er als Nothafen angelaufen hatte.

Es ist ein trauriges Schauspiel, wenn man sieht, wie sich die Kapitalisten der Länder in die Hände arbeiten, wenn irgendwo Mord und Totschlag ist.

Seitdem Dr. Sunyatsen gestorben ist, macht die Demokratie, deren Führer er war, in China rasende Fortschritte.

Bei der Beurteilung dieses Prozesses kommt einem zum Bewußtsein, daß das politische Problem des Ostens und speziell Chinas zum großen Teil ein kulturelles Problem ist.

Wenn China sich gegen die weißen Mächte und Japan erfolgreich wehren will, muß es moderne technische Methoden annehmen, die seine uralte, auf den Konfuzianismus gegründete Kultur zu einer vollkommen veränderten Einstellung, wenn nicht zur Auflösung bringen werden. Es muß sich genau so amerikanisieren, wie es Japan im letzten Vierteljahrhundert getan hat.

Nun kann der Chinese aber nicht so leicht ein Kompromiß schließen wie der Japaner, der eigentlich ein geborener Kompromißler ist. Der Chinese ist ein viel verinnerlichter, ernsterer, gediegenerer Mensch, dem nichts an äußeren Erfolgen liegt, wenn man ihn in Ruhe läßt.

Diese Ruhe wird man ihm aber nie lassen, denn der japanische Imperialismus ist mit absoluter Notwendigkeit auf die Erschließung Chinas und seiner Rohstoffe angewiesen. Der direkte Feind Chinas ist Japan.

Die Rolle Englands ist komplizierter. Wenn England heute seine Konzessionen in China verlöre, würde seine ganze Stellung im Osten aufs schwerste erschüttert sein. Sein Verlust wäre zunächst ein Prestigeverlust (da der Schwerpunkt der ökonomischen Macht Englands im Osten, in Indien, zu suchen ist), aber aus diesem Prestigeverlust könnten sich die ungeheuerlichsten materiellen Katastrophen ergeben.

Demokratie in China ist zugleich extremer Nationalismus. Sympathie mit den Formen westlicher Kultur gibt dem Chinesen das Gefühl der Stärke und der Widerstandsfähigkeit gegen seine Bedränger.

Deshalb wird Sunyatsen heute als der größte Führer seines Landes, als der „chinesische Bismarck" gefeiert.

Die Gegensätze zwischen Wupeifu und Feng (dem christlichen General) und selbst Tschangtsolin sind unwesentlich gegenüber der Frage, ob China in absehbarer Zeit fähig sein wird, seine technischen Methoden so zu stärken, daß es den Mächten ein Paroli bieten kann.

Bis dahin ist allerdings noch ein weiter Weg.

Dazu gehört vor allen Dingen eine öffentliche Meinung, die es infolge des Mangels an Zeitungen und der Bildungslosigkeit der breiten Masse nicht gibt.

Die Studenten, die protestierend den „Bund" in Schanghai hinunterziehen, haben in Berlin und Paris studiert und sind nur ein verschwindend kleiner Teil dieses an Masse gewaltigen Volkes. Man darf sie als Revolutionäre nicht allzu tragisch nehmen. Es ist zum Beispiel interessant, zu wissen, daß es in der zivilisatorischen Epoche des klassischen China schon einmal eine Art „Kuo-Min-Tang", eine revolutionäre Partei gegeben hat. Der Marx der damaligen Zeit hieß Mohti.

Wenn man bedenkt, welcher Abstand zwischen der Realität des chinesischen Lebens und der Theorie von Lenin besteht, erscheint es kaum glaubhaft, daß die augenblicklichen Konflikte mit einer Bolschewisierung endigen werden. Herr Karachan glaubt vielleicht die Fäden der chinesischen Erhebung in der Hand zu haben, aber er verwechselt den Bauer Rußlands mit dem Bauer Chinas. Dieser ist politisch niemals bedrückt gewesen und lebt heute noch, wenn es gerade keine Hungersnot gibt, glücklich und zufrieden dahin. Er ist sogar der ausgesprochen antipolitische Mensch der ganzen Erde. Es gibt nichts Neutraleres, Desinteressierteres als den chinesischen Bauer.

Alles andere ist Romantik. Hier fehlt jede Grundlage für das Begreifen marxistischer, also westlicher, also europäischer Ideen. Was schert es den Chinesen des Nordens oder des tiefen Inneren, wenn in Wanjung ein englisches Kanonenboot ankert?

Das Erwachen Chinas wird noch einige Zeit dauern. Hier gibt es ja kaum moderne Proletarier in unserem Sinne.

Die Rolle der Amerikaner ist genau die gleiche abwartende wie sie von Washington Europa gegenüber geübt wird. Man wartet auf seinen Moment. Daneben wird eine intensive Kulturpropaganda getrieben, wobei die Ueberlegenheit des amerikanischen Films eine nicht zu verachtende Rolle spielt.

Es ist lächerlich, zu behaupten, daß die Deutschen in China sehr geliebt und geachtet werden. Der gebildete Chinese tendiert ebenso wie der gebildete Japaner zum Angloamerikanismus.

Seitdem die Deutschen durch den Krieg ihre Exterritorialität verloren haben, hat man keinerlei Grund mehr, sich über sie zu ärgern. Da der Chinese ein anständiger Mensch ist, entsinnt er sich mit Widerwillen, wie die Deutschen in Schanghai und Hongkong von den Engländern kujoniert wurden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß sich China in einem schnell fortschreitenden Um- und Auflösungsprozeß befindet, daß es unwahrscheinlich ist, daß dieser Prozeß bei dem Charakter des chinesischen Bauern und der technisch weit überragenden Macht Japans und Englands mit Bolschewismus enden wird, daß man aber täglich Ueberraschungen erleben kann, die sich nicht voraussagen lassen.

Sie haben keine Eile.

Außenpolitische Debatte nach der deutschen Antwort.

Nach der gestrigen Geschäftsordnungsdebatte im Reichstag, hat sich der Reichstagspräsident Löbe noch gestern abend mit dem Reichskanzler in Verbindung gesetzt. Dr. Luther hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, unmittelbar nach der Absendung der deutschen Antwort auf die Note Briands, und zwar vom 15. Juli ab, eine Regierungserklärung abzugeben. Aus dieser Antwort des Reichskanzlers geht hervor, daß die deutsche Antwort auf die Note des französischen Außenministers etwa zwischen dem 12. und 15. Juli nach Paris abgehen wird.

Am Mittwoch wird der Reichskanzler an der Sitzung des Aeltestenausschusses teilnehmen, um über den genauen Termin der außenpolitischen Debatte eine Verständigung zu erzielen.

Räumung von Gelsenkirchen.

Zum 15. Juli.

Essen, 4. Juli. (TU.) Der Stadt Gelsenkirchen ist von der Besatzungsbehörde offiziell mitgeteilt worden, daß die Stadt Gelsenkirchen von den Besatzungstruppen bis zum 15. Juli geräumt wird. Die gleiche Benachrichtigung ist den Gemeinden im Bankreise Gelsenkirchen zugegangen, in denen noch französische Truppen liegen. Recklinghausen wird wahrscheinlich bis zum 14. Juli von der Besatzung geräumt werden. Die Stadtverwaltung hat von der Besatzungsverwaltung ein Schreiben erhalten, in dem räumt wird. Die gleiche Benachrichtigung ist den Gemeinden im einzelnen Wohnungen in den nächsten Tagen erfolgen werde. Die Uebergabe der Wohnungen an die Stadtverwaltung soll in der Zeit vom 9. bis einschließlich 14. Juli vor sich gehen.

Bayern unter Kuratel.

Der Umfall der Rechtsparteien beim Finanzausgleich.

Die Geschwindigkeit des Umlernens der Rechtsparteien erregt allmählich kaum noch Erstaunen. Bei der Beratung des Finanzausgleichs haben sie angebetet, was sie bisher verbrannt haben. Die dreimal verfluchte Erzbergersche Steuerreform mit der Herstellung der absoluten Steuerhoheit des Reiches findet jetzt nirgends so glühende Anhänger als bei den Deutschnationalen. Den Gipfel dieser Entwicklung stellt aber die in Aussicht genommene gesetzliche Verpflichtung der Länder und Gemeinden zu einer Finanzstatistik nach den Wünschen der Reichsregierung dar. Im Zusammenhang mit den Problemen der Einführung des Zuschlagsrechts soll bereits jetzt in das Finanzausgleichsgesetz eine Bestimmung eingefügt werden, wonach

a) Länder und Gemeinden verpflichtet werden sollen, unter besonderer Versicherung der Richtigkeit allmonatlich Uebersichten über die Eingänge an Reichssteuern, Landessteuern, Gemeindesteuern und anderen öffentlichen Abgaben einzureichen;

b) Länder und Gemeinden verpflichtet sein sollen, den Reichsfinanzbehörden alle erwünschten Auskünfte über Einnahmen und Ausgaben insbesondere auch durch Beantwortung von Fragebogen zu geben, ihnen Einsicht in die Haushaltspläne und Jahresrechnungen zu geben und ihnen Haushaltspläne und Jahresrechnungen laufend einzureichen.

Diese Bestimmungen bedingen eine unumschränkte Auskunftspflicht. Sie würden für die Gemeinde eine vollständige Unterstellung der gemeindlichen Finanzgebarung unter das Reich bedeuten und das Verhältnis der Gemeinden zu den Ländern ganz und gar umstürzen. Darüber könnte man sachlich aber durchaus mit sich reden lassen. Was macht aber die bayerische Regierung bei diesem geradezu revolutionären Vorgehen der Rechtsparteien? Wird sie nicht geradezu unter Kuratel gestellt? Kann das bayerische „Staatsbewußtsein" es ertragen, vor den „Preußen" in Berlin Rechenschaft über Einnahme und Ausgabe ablegen zu müssen? Man stelle sich nur einmal vor, daß etwa die Regierung des Dr. Joseph Wirth es gewagt hätte, mit solchen Gedankengängen auch nur zu spielen! Die ganze Rechtspresse würde vor Entrüstung geschäumt haben. Jetzt sind die Rechtsparteien am Ruder, jetzt überschlagen sie sich geradezu in zentralistisch-unitaristischen Extravaganzen.

Jugendschutz.

Beratung im Reichstag.

In der heutigen Reichstagssitzung, die schon 12.20 Uhr begann, berichtete die Abg. Frau Schröder (Soz.) über die Ausschußverhandlungen über das Gesetz zum Schutze der Jugend bei Lustbarkeiten. Nach diesem Gesetz sollen für bestimmte öffentliche oder nichtöffentliche Lustbarkeiten, Schaustellungen und Darbietungen aller Art der Besuch oder die Beschäftigung von Minderjährigen unter 18 Jahren verboten oder eingeschränkt werden, wenn eine Schädigung ihrer sittlichen, geistigen oder gesundheitlichen Entwicklung zu befürchten ist. In gleicher Weise kann die Beschäftigung von Minderjährigen bei Lichtspielaufnahmen verboten oder eingeschränkt werden. Genossin Schröder wies darauf hin, daß insbesondere in der Filmindustrie ein verstärkter Kinderschutz notwendig sei. Schon die Erwachsenen, die bei den Filmaufnahmen beschäftigt sind, schildern häufig genug, wie nervenzerrüttend ihre Tätigkeit sei. Diese Wirkung muß auf Kinder noch viel schlimmer sein, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Filmaufnahmen entweder bei schlechter Luft in geschlossenen Räumen oder im Staub bei Sonnenbrand und scharfem Licht vorgenommen werden. Berlin habe zwar schon selbständig polizeiliche Maßnahmen dagegen ergriffen, aber eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie sei nicht länger aufzuschieben, da die Berliner Filmindustrie sich auch außerhalb Berlins, so besonders in Neubabelsberg angesiedelt habe, wohin der polizeiliche Schutz nicht reicht. Auch in der zweiten großen Filmzentrale in München haben die Kinder keinerlei polizeilichen Schutz bei Filmaufnahmen.

Internationale Wirtschaftsregelung.

Eine Anregung Brailsfords.

Die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale sprach sich, wie wir gestern meldeten, für die Herstellung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsverbandes aus. Die sozialistische Internationale berät in diesen Tagen in London über die großen politischen Fragen des europäischen Kontinents. So werden auch für die deutsche Sozialdemokratie Anregungen wichtig, die (laut einer Mitteilung unseres Londoner Mitarbeiters) der Herausgeber des New Leader, Brailsford, in dem heute erscheinenden Heft seiner Wochenschrift gibt.

„Gegenüber der negativen Politik Baldwins und der selbstmörderischen Politik der niedrigen Löhne wird der kommende (außerordentliche) Gewerkschaftskongreß ein eigenes positives und konstruktives Programm aufzustellen haben. Wir dürfen aber dabei — so notwendig es ist, im eigenen Hause alles zu tun, was immer wir können — nicht vergessen, daß diese Frage auch eine internationale Seite hat. Es gibt nur einen einzigen Weg, die Lebenshaltung der britischen Arbeiterschaft zu verteidigen, und der besteht darin, die Lebenshaltung der außereuropäischen Arbeiter an die britischen anzugleichen. Die eine Möglichkeit führt über die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und besteht darin, daß aus Amsterdam eine wahrhafte Kampforganisation gemacht wird, ein Generalstab, der den deutschen, französischen und russischen Arbeitern, insbesondere den Bergarbeitern dieser Länder, zu Löhnen verhilft, die den englischen angepaßt sind. Eine andere Möglichkeit besteht darin, über ganz Europa hin, in allen großen Industriestaaten eine Agitation für die Ratifizierung der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag zu organisieren.

Wir möchten aber eine Anregung machen, die über diese hier angedeuteten Schritte noch hinaus geht. Es hat Weltkonferenzen über Rüstungsfragen gegeben, warum beruft man keine Weltwirtschaftskonferenz mit der Aufgabe der Erörterung der Konkurrenz infolge der Verschiedenheit der Lebenshaltung der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder ein? ... Diese Konferenz müßte sich sofort an die Frage der Arbeitszeit machen. Sie müßte die noch viel schwierigere Frage eines internationalen Lohnstandardsuntersuchen. Sie müßte einige der schwierigsten Probleme, nicht nur in großen Linien, sondern im Detail durcharbeiten, z. B. ob nicht die Kohlenkommission der Kriegszeit wieder ins Leben zurückgerufen werden müßte und eine Verständigung zwischen den kohlenexportierenden Ländern über eine Beendigung der Konkurrenz und eine gegenseitige Abgrenzung ihrer Märkte vorgenommen werden könnte. Sie könnte überdies das Werk der Genfer Konferenz wieder aufnehmen und ihre Anregung einer Verständigung der Banken zwecks Stabilisierung des allgemeinen Preisniveaus durchführen.

Wer zu dieser Konferenz die Einladungen verschicken soll, die britische Regierung oder der Völkerbund, das ist eine Frage zweiten Ranges. Die Frage besteht für uns darin, auf welche Art und Weise die Arbeiterschaft Englands und der anderen Länder am besten eingesetzt werden könnte, um die verschiedenen Regierungen zur Unterstützung einer solchen internationalen Lösung zu veranlassen. Mit einer Konkurrenz auf Leben und Tod ruinieren sich die Exportländer in einer Zeit, in der die Märkte zusammenschrumpfen, nur gegenseitig — ebensosehr, wie sie durch Rüstungen ihre gegenseitige Vernichtung vorbereiten. Die einzige radikale Abhilfe besteht in einem gemeinsamen Vorgehen.

Die Lage in China.

Washington gibt London nach.

Paris, 4. Juli. (WTB.) Eine offizielle Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten besagt: Man beschäftigt sich mit keinem Vorschlag, eine internationale Konferenz einzuberufen, um die Frage der Exterritorialität in China zu beraten.

China zwischen England und Frankreich.

Der englische Botschafter Lord Crewe hatte gestern nachmittag eine Unterredung mit Briand über die Ereignisse in China. Die Unterredung war die Folge der chinesischen Note über die Aufhebung aller Exterritorialitätsrechte. Es kam auch die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über China zur Sprache. Briand gab dem englischen Botschafter die Zusicherung, daß das Parlament diese Vorlage noch vor den Ferien ratifizieren werde. Die Konferenz über China kann solange nicht zusammentreten, als die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens nicht durch alle Mächte erfolgt ist.

Die örtliche Lage.

In Schanghai arbeiten die englischen Truppen seit Freitag eifrig an dem Ausbau einer Verteidigungsstellung. Schützengräben werden an der Grenze des Europäerviertels ausgehoben. Die Streikenden verhalten sich indes völlig ruhig. In Nankang kam es zu Streikrevolten. In Hongkong dehnt sich der Streik weiter aus.

Feriengefahren.

Hygienisches für die Wanderzeit.

Von Hans Rössink.

Wenn die Wiesen mit Blumen besät sind und die Linden in Blüte stehen, dann treten in Schwärmen Insekten aller Art auf den Plan. Bienen und Wespen, Stechmücken und Fliegen werden dem Wanderer nicht nur recht lästig, sondern oft sogar gefährlich. Ist auch der Stich einer Fliege, selbst einer Biene an sich nur eine harmlose Verletzung, so kann doch eine schlimme Entzündung daraus entstehen, wenn das Insekt vorher auf einem Kadaver gesessen hat. Als Vorbeugungsmittel gegen solche Insektenstiche ist die Tinktur aus der Bertrammwurzel sehr gut. Sie wird stark mit Wasser verdünnt, und Gesicht und Hände werden damit eingerieben. Hinreichend lange, etwa 12 Stunden, ist man dadurch vor allen Belästigungen durch Insekten sicher. Bienenstiche allerdings wird man dadurch nicht immer verhindern können. Viele Personen sind gegen Stiche der Bienen besonders empfindlich. Meist treten infolge eines Bienenstiches brennende Schmerzen, Jucken, Anschwellungen und Entzündungen auf. Man entfernt zunächst den Stachel, indem man ihn an dem herausragenden Ende faßt und herauszieht. Dann wird die Wunde ausgesogen und mit einigen Tropfen Salmiak eingerieben. Zur Linderung der Schmerzen kann man außerdem etwas feuchte Erde auf die Haut packen. Auch Einreiben der Stelle mit kühler, völlig frischer Milch bewirkt bald ein Nachlassen der Schmerzen.

Ist unglücklicherweise ein Insekt in den Mund geraten, so kann ein Stich bedenkliche Folgen haben. Kindern und Erwachsenen passiert dies hin und wieder beim Essen von Früchten. Man feuchtet in diesem Falle einen Teelöffel voll Kochsalz mit Wasser an und verschluckt diese Mischung. Das Mittel ist zwar wenig angenehm, aber auf alle Fälle lassen die Schmerzen und die Schwellung sofort nach.

Die Gefahr, mit einer giftigen Schlange Bekanntschaft zu machen, verringert sich in unseren Gegenden von Jahr zu Jahr. Zu fürchten ist von allen Schlangenbissen nur der Biß der Kreuzotter. Dieses Reptil ist leicht an dem dunklen Streifen erkenntlich, der im Zickzack über die ganze Länge des Rückens läuft. Besonders auf der Hut vor diesen Tieren muß man auf sonnigen Heide- und Wiesenflächen und in Walddichtungen sein. Sie halten sich unter Gestrüpp oder Steinen gern verborgen. Bewegt sich eine Kreuzotter fort, so kann man sie leicht mit einem Stockschlag töten. Ist sie dagegen zusammengerollt, so sehe man sich vor, da sie dann ihren Kopf außerordentlich weit vorzubeugen vermag. Erstes Erfordernis bei einem Schlangenbiß ist die Abschnürung des durch den Biß verletzten Körperteils. Das kann mittels eines Hosenträgers, eines Riemens oder auch eines Taschentuches geschehen. Man sperrt dadurch den Blutkreislauf für das betreffende Glied ab und verhindert so, daß sich das Gift im ganzen Körper verbreitet. Darauf muß die Wunde ausgesaugt werden. Für diese Samaritertätigkeit kann aber nur jemand in Frage kommen, dessen Lippen und Mund keinerlei Verletzungen aufweisen. Praktisch ist es auch, die Wunde (nach Abschnürung des Gliedes) durch Drücken mit den Fingern ausbluten zu lassen und sie mit heißem Wasser auszuspülen. Ist kein Verbandstoff zur Stelle, so verbindet man sie mit einem Taschentuch, das mit Watte oder Wollstoff bedeckt wird. Der Verband muß öfters gewechselt werden. Ist der Gebissene eine erwachsene Person, so kann er auch das alte, bewährte Mittel des Gegengiftes in Anwendung bringen, indem er sich mit Wein oder Branntwein einen tüchtigen Rausch antrinkt. Unbedingt notwendig aber ist es, in jedem einzelnen Falle so rasch als möglich einen Arzt zu rufen.

Neben gefährlichen Insekten und Reptilien kann auch die Sonne die Ursache einer Reihe von Beschwerden und Gefahren sein. Die Zeit, da die Frauen nichts so fürchteten als die Verunzierung ihrer Haut durch Sommersprossen, ist heute freilich vorüber. Immerhin darf die Vorliebe für eine tüchtig verbrannte Haut nicht so weit gehen, daß man sich mutwillig der Gefahr des Sonnenbrandes aussetzt. Die dadurch hervorgerufene Hautabschälung mag zwar ein Gewaltmittel zur Bräunung der Haut sein, aber die meisten Menschen empfinden den durch intensive Sonnenbestrahlung hervorgerufenen Hautbrand doch als unangenehm. Er ist schmerzhaft. Gegen die Entzündung der Haut gebraucht man Vaseline, Glyzerin, Goldcreme und ähnliche Mittel. Am sichersten wirkt die Chinin-Glyzerinsalbe.

Ein häufiges Uebel in der Sommerfrische sind Magenschmerzen. Durch körperliche Bewegung, Wandern, Rudern, Schwimmen usw. in der sauerstoffreichen Luft wird die Eßlust sehr gesteigert, und es kann leicht einmal zu einer Ueberladung des Magens kommen. Am häufigsten ist dies der Fall bei Kindern, und diese leiden weit stärker darunter als Erwachsene, bei denen meist ein Fasttag genügt, um den Magen wieder in Ordnung zu bringen. Man bringt ein Kind, das sich den Magen verdorben hat und infolgedessen leicht fiebert, zu Bett und macht ihm nasse Umschläge um den Leib. Die Umschläge sind innerhalb 24 Stunden zwei- oder dreimal zu erneuern. Als Heilmittel gibt man Rhabarbersirup oder Wermuttee. Tritt Magenkrampf auf, so macht man sehr warme Umschläge auf den Magen, entweder feucht oder trocken (von Kartoffeln oder Kleie). In vielen Fällen hilft bereits ein Schluck warmen Tees.

Gefahren drohen in der Reisezeit also von recht verschiedenen Stellen. Unheilvolle Tiere, Sonnenstrahlen und die Eßlust des Menschen können manchen Mißklang in das Idyll der Sommerfrische bringen. Auch hier gilt der alte Erfahrungssatz, daß Vorsicht zu allen Dingen gut ist.

Alte Meister in der Akademie der Künste.

Am Sonnabend, den 11. Juli, beginnt in der Akademie der Künste eine Ausstellung von Werken alter Meister, zu deren Eröffnung der Präsident der Akademie, Max Liebermann, folgende Notiz versendet:

„Die von dem Kaiser-Friedrich-Museum-Verein mit Unterstützung der Akademie der Künste in deren Räumen veranstaltete Ausstellung alter Meister aus Berliner Besitz ist die erste Veranstaltung dieser Art, die seit dem Kriege in Berlin stattfindet. Außer den Mitgliedern des Vereins sind auch die Berliner Privatsammler zur Mitwirkung mit aufgefordert worden. Demgemäß hat denn auch die Uebersicht über die verschiedenen Schulen und Kunstströmungen diesmal eine größere Ausdehnung und Vielseitigkeit gewonnen, was schon an der Zahl der ausgestellten Werke bemerkbar wird. Es sind nicht nur die Perioden vertreten, die den früheren Ausstellungen hauptsächlich das Gepräge verliehen haben, sondern auch bisher weniger beachtete Zeiten und Richtungen, wie der sogenannte niederländische Manierismus des späten 16. Jahrhunderts, die italienische Spätrenaissance, das Barock und das Rokoko. Auch die französische, englische und holländische Malerei des 18. Jahrhunderts ist in größerem Umfange als früher vertreten.

Wir hoffen auf diese Weise nicht nur dem Sammler neue Anregungen zu vermitteln, sondern auch dem Kunsthistoriker unbekanntes, wertvolles Forschungsmaterial zugänglich zu machen.

Trotz dieses weitergezogenen Rahmens sind auch die großen klassischen Namen in einzelnen bisher nicht gezeigten Bildern vertreten, so Rembrandt, Rubens, van Dyck, Hals, Greco, Goya, Tintoretto und Tiepolo. Besondere Beachtung verdient eine erst vor wenigen Jahren entdeckte und bisher nicht ausgestellte Heilige Familie von Dürer. In besonderer Reichhaltigkeit wird die holländische Malerei des 17. Jahrhunderts vertreten sein, namentlich die Werke der Sittenbild- und Landschaftsmaler, unter den letzteren wird Jacob Ruisdael mit einer imposanten, alle Seiten seines Schaffens repräsentierenden Kollektion einen Mittelpunkt bilden."

Konkurs der Goethe-Bühne G. m. b. H. Die Leitung der Goethe-Bühne schreibt uns: Der größte Teil der Gläubiger der Goethe-Bühne G. m. b. H. hatte im Januar 1925 ein Moratorium bis zum Herbst bewilligt, nachdem Herr Direktor Otto Peterson von der Leitung zurückgetreten war. Herr Robert Pirk hatte die künstlerische Leitung zunächst übernommen, es hat sich aber herausgestellt, daß es unmöglich war, selbst bei anerkannten Leistungen und gutgehendem Geschäft die Schuldenlast der Goethe-Bühne G. m. b. H. in irgend einer nennenswerten Weise zu verringern. Infolgedessen mußte die Geschäftsführung den Konkurs der G. m. b. H. beantragen. Die Eigentümerin hat bereits die Räumung des Theatergrundstücks durch die zahlungsunfähige G. m. b. H. bewirkt. Die Aufführung der Sommerdirektion nehmen mit Zustimmung der Vermieterin ihren Fortgang. Die Goethe-Bühne wird durch eine neue Betriebsgesellschaft in unveränderter Form weitergeführt werden. Alle Engagements- und Aufführungsverträge für die nächste Spielzeit bleiben bestehen. Die Zusammenarbeit mit den maßgebenden Besucherorganisationen ist gewährleistet. Die künstlerische Existenz der Goethe-Bühne wird also durch den Zusammenbruch der alten G. m. b. H. in keiner Weise berührt.

Er weiß Bescheid. Hans Thoma wollte einmal eine befreundete Dame malen und sprach davon zu Freund und Kollegen Wilhelm Trübner. Der schüttelte den Kopf: „Tun Sie das nicht! Porträtmalen zerstört die Freundschaft."

Erstaufführungen der Woche. Mont. Staatstheater: „Kreuzleuer." Rose-Theater: „Die verlogene Nacht." Tribüne: „Die Liebenden." **Dienst.** Schillertheater: „Annemarie."

600-Jahrfeier Amsterdams. Amsterdam veranstaltet den Sommer über anläßlich der 600. Wiederkehr des Jahres, an dem der Name Amsterdam zum ersten Male in der Geschichte auftauchte, eine große Ausstellung der Werke hervorragender holländischer Maler.

Moskauer Echo.

Einmütige Ablehnung der russischen Justizkomödie.

Der Zweck des Moskauer Prozesses mit seinem von vornherein feststehenden Todesurteil gegen die drei deutschen Studenten liegt so auf der Hand, daß kein Mensch in Deutschland darüber im unklaren ist. Die ganze deutsche Presse urteilt über das Verfahren der Moskauer Tschekisten vollkommen einmütig. Wenn die Herren des „Politbureau" gedacht haben, einen besonders schlauen Schachzug mit diesem Prozeß zu tun, dann können sie sich an dem Widerhall der deutschen Oeffentlichkeit davon überzeugen, daß diese Schlauheit ein für sie gefährlicher Irrtum gewesen ist. Mit Recht wird von verschiedenen bürgerlichen Blättern, die sich in letzter Zeit ziemlich wohlwollend gegenüber der Sowjetregierung verhalten haben, darauf hingewiesen, daß Sowjetrußland sich durch den Moskauer Prozeß selber den schlechtesten Dienst geleistet habe. Vom Standpunkt einer realistischen Auslandspolitik erscheint es in der Tat völlig unverständlich, daß in einer Zeit hochwichtiger politischer Entscheidungen versucht worden ist, ein so plumpes Erpressungsmanöver gegen Deutschland zu unternehmen, das nur geeignet ist, entgegengesetzte Resultate zu zeitigen, als die Regisseure im Kreml es sich vorgestellt haben.

Die einzige Erklärung für die riesengroße Dummheit, die die maßgebenden Leiter der russischen Politik begangen haben, dürfte wohl darin zu suchen sein, daß bei der Inszenierung der Moskauer Justizkomödie in den regierenden Kreisen offensichtlich jene Richtung die Oberhand gewann, die dem Agitationsbedürfnis der Kommunistischen Partei entgegenzukommen sucht und die anderseits der Meinung ist, daß man Deutschland alles bieten dürfe. Die verhängnisvolle Schwäche, die die Reichsregierung unter dem Einfluß der für eine östliche Orientierung schwärmenden Stellen im Auswärtigen Amte der Moskauer Regierung gegenüber an den Tag gelegt hat, ebenso wie die nationalbolschewistischen Strömungen, die in verschiedenen rechtsgerichteten deutschen Kreisen vorhanden sind, scheinen in der Tat bei maßgebenden kommunistischen Politikern die Ueberzeugung hervorgerufen zu haben, daß die unverschämtesten Erpressermethoden Deutschland gegenüber am angebrachtesten seien.

Es scheint nun höchste Zeit, daß diesem verhängnisvollen Irrtum, der für Rußland wie für Deutschland in gleicher Weise schädlich ist, ein- für allemal ein Ende gemacht wird. Die verantwortlichen Politiker im Kreml verstehen auch realpolitisch zu denken, das haben zahlreiche Episoden in den letzten Jahren erwiesen. Man muß bloß verstehen, ihnen gegenüber die nötige Festigkeit und Würde zu wahren und jene Sprache mit ihnen zu sprechen, die die kommunistischen Gewaltpolitiker verstehen. An dieser Fähigkeit scheint es der deutschen diplomatischen Vertretung in Moskau in erheblichem Maße gefehlt zu haben. Es ist deshalb notwendig, daß mindestens jetzt, in Verbindung mit dem Moskauer Prozeß, der eine Herausforderung des gesamten deutschen Volkes bedeutet, von der Reichsregierung jene Konsequenz und Festigkeit an den Tag gelegt wird, mit denen allein eine erfolgreiche Politik getrieben werden kann.

Schritte der Reichsregierung in Moskau.

Durch WTB. wird mitgeteilt: Auf Grund des Urteils des Obersten Gerichtshofs in Moskau in dem Prozeß gegen die drei Studenten hat die deutsche Regierung sofort durch die Botschaft in Moskau Schritte unternehmen lassen, um die Nichtvollstreckung des Urteils sicherzustellen. Daneben ist zu erwarten, daß die Angeklagten von dem ihnen zustehenden Recht eines Gnadengesuches an das Zentralexekutivkomitee der Union der S. S. R. Gebrauch machen werden.

Außerdem wird die deutsche Regierung von der Sowjetregierung befriedigende Erklärungen darüber verlangen, daß die im Prozeß aufgestellten Behauptungen über mittelbare oder unmittelbare Mitwirkung des Legationsrats Hilger an dem den Angeklagten zur Last gelegten Vergehen unberechtigt sind.

Im übrigen muß sich die Reichsregierung ihre weiteren Schritte vorbehalten, bis der von der deutschen Botschaft in Moskau eingeforderte abschließende Bericht über den Prozeß vorliegt.

Rücktritt Brockdorff-Rantzaus?

Pariser Gerüchte.

Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Eine von den Blättern veröffentlichte Meldung aus Moskau will von der bevorstehenden Abberufung des deutschen Botschafters von Brockdorff-Rantzau wissen. Sie wird im Zusammenhang gebracht mit dem Fiasko, das Litwinow in Berlin erlitten habe. Man zieht daraus den Schluß, daß die deutsche Regierung sich endlich dafür entschieden habe, die deutsche Außenpolitik durch Abschluß des Garantiepaktes in Anlehnung an die Westmächte zu orientieren.

Französischer Handelsvertragsoptimismus.

Gefahr der Selbsttäuschung.

Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Auswärtigen Amt äußert man sich sehr zuversichtlich über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Es wird versichert, daß die letzte Unterredung zwischen den beiden Delegationschefs eine Verständigung über zahlreiche Meinungsverschiedenheiten ermöglicht habe und daß nur noch eine geringe Zahl von Tarifpositionen umstritten sei. Die deutsche Antwort auf die letzten französischen Vorschläge wird für heute (Sonnabend) erwartet. Es besteht jedoch Grund zu der Annahme, daß der Optimismus der französischen Stellen zum mindesten stark verfrüht ist. Es scheint vielmehr nicht ausgeschlossen, daß die Verhandlungen in den nächsten Tagen endgültig auf den Herbst vertagt werden.

Der marokkanische Kolonialkrieg.

„Sehr ernste Lage."

Paris, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Nach einem Heeresbericht aus Fez verstärkt sich der Druck der Riftruppen auf den östlichen Teil der französischen Front. Abd el Krims Taktik geht wohl dahin, sich der Eisenbahn Fez-Taza-Oujda zu bemächtigen und damit den Franzosen die Verbindung nach Algier abzuschneiden. Dabei rechnet er auf die Hilfe der abgefallenen Stämme des mittleren Atlas, vor allem der südlich der Bahnlinie ansässigen Stämme der Tsoula und der Branes.

Der amtliche Heeresbericht meldet: Die Lage auf dem rechten Flügel der französischen Front ist sehr ernst. Der feindliche Druck verstärkt sich.

Potsdamer Anmaßungen.

Magistratsbeschluß gegen Schwarz-Rot-Gold.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in Potsdam hat durch den Stadtverordnetenvorsteher an den Magistrat fünf Fragen gerichtet, in denen es sich hauptsächlich um die Nichtbeflaggung städtischer Schulen, die Nichtverwendung von Schwarz-Rot-Gold handelt, während Schwarz-Weiß-Rot als Flaggenschmuck an städtischen Gebäuden prangte. Die letzte der Fragen erbat vom Magistrat Auskunft, ob er eine Wiederholung solcher Vorfälle verhindern und dafür sorgen wolle, daß zumindest die städtischen Schulgebäude am nächsten amtlichen Feiertag Fahnen in den vom Reichspräsidenten von Hindenburg beschworenen schwarzrotgoldenen Farben des Deutschen Reiches flaggen können. Obwohl die Interpellanten sich mit einer schriftlichen Antwort zufrieden gegeben hätten, lehnte der Oberbürgermeister aus grundsätzlichen Erwägungen eine schriftliche Beantwortung ab, um in öffentlicher Sitzung mit dem Potsdamer Magistratsstandpunkt demonstrieren zu können. Statt seiner gab gestern Bürgermeister Dr. Dehms die magistratlichen Erklärungen ab und unterschied dabei nach der rein rechtlichen Seite und den sachlichen Gründen, die den Magistrat zu seiner Handlungsweise bestimmt haben.

Rein rechtlich hat der Artikel 2 der Reichsverfassung Recht geschaffen, soweit das Reichsgesetz auf die Reichsfahne Bezug nimmt, überdies für die Reichsbehörden. Daß darüber hinaus die Behörden der Länder oder Selbstverwaltungskörper auch ihrerseits bei allen festlichen Anlässen die Fahnen des Reiches zu ziehen hätten, ist im Artikel 2 nicht verordnet und konnte nicht verordnet werden. Auch der Staat Preußen hat nicht gesetzlich angeordnet, daß das Hissen der Reichsfarben anbefohlen ist. Wohl hat der preußische Minister des Innern bei mehrfachen Gelegenheiten angeordnet, daß nicht nur die Landesbehörden, sondern auch die Behörden der Selbstverwaltungskörper die Fahnen des Reiches zu ziehen hätten. Er hat es nicht bei diesem Befehl bewenden lassen, sondern weiter angeordnet, daß die Fahnen des Landes und die Gemeindefahne nur neben der Reichsfahne gezogen werden sollen. Das ist mindestens — vorsichtig gesprochen — in höchstem Maße zweifelhaft, ob dem preußischen Minister des Innern das Recht zu einer solchen Anordnung zusteht. Der Magistrat in Potsdam ist der Auffassung, daß ihm die Zuständigkeit zu dieser Anordnung fehlt. Eingehend auf die fünf Fragen bemerkte dann der Bürgermeister, nachdem er lang und breit seinen schwarzweißroten Gefühlen Ausdruck gegeben hatte: Bei der grundsätzlichen Einstellung des Magistrats und bei seiner Meinung, daß die Flaggenfrage in absehbarer Zeit in anderer Weise gelöst wird als bisher, müssen wir Wert darauf legen, daß gerade die Jugend nicht vorzeitig in den Flaggenstreit hineingerissen wird, und das würde geschehen, wenn wir entgegen unserer bisherigen Gewohnheit die schwarzrotgoldene Fahne hissen würden. Wir können ja auch nicht gezwungen werden, sie zu beschaffen. Daß die Charlottenschule nicht flaggte, liegt daran, daß sie eine schwarzrotgoldene Fahne besitzt, die sich in einem derartigen Zustande befindet, daß es nicht der Würde des Reiches entsprechen würde.

Genosse Krüger widersprach der Richtigkeit dieser Behauptungen nach Augenscheinnahme. Es ist möglich, fuhr der Bürgermeister fort, daß aus der Dienstwohnung eines Beamten der Stadt eine schwarzweißrote Fahne herausgehängt wurde. Es ist mehr wie fraglich, welches Recht vorangeht. Das Recht des Eigentümers des Gebäudes oder das Recht des Wohnungsinhabers. Zum Schluß bemerkte der Bürgermeister auf die Frage, ob der Magistrat bereit sei, die gerügten Vorfälle zu verhindern, und zumindest die städtischen Schulgebäude am nächsten amtlichen Feiertage mit den Fahnen flaggen zu lassen, die der Reichspräsident von Hindenburg als Fahnen des Reiches beschworen hat: **Der Magistrat ist nicht bereit, seinen bisherigen Standpunkt zu ändern.** Die Tribüne hatte wiederholt bei den Ausführungen ihr Mißfallen über diese Bürgermeisterrede zum Ausdruck gebracht, so daß der Vorsteher mit der Räumung der Tribüne drohte.

Mit diesen anmaßenden Ausführungen hat der Potsdamer Magistrat seiner antirepublikanischen Einstellung wieder alle Ehre gemacht. Wie lange wird die preußische Regierung der offenen Widersetzlichkeit der Potsdamer Herrschaften wohl noch ruhig zusehen?

Geister vor Gericht.

Das Medium gegen den Gelehrten.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg begann heute der spiritistische Beleidigungsprozeß des Mediums Frau Rudloff gegen Geheimrat Moll. In der Anklageschrift wimmelte es von Phänomenen, Materialisationen, Auflösung von Atömchen und Wiederzusammenfügen zu frischen Rosen, Buxbaum, man hörte von spiritistischen Wehen, Seufzern, Ausrufen, „mich hat etwas gepiekt" usw. In temperamentvoller Weise vertritt Geheimrat Moll an der Hand von praktischen Beispielen seine Ueberzeugung, daß bei den Sitzungen nicht alle Fehlerquellen beseitigt worden seien. Möglichkeiten für plumpe Taschenspielertricks und Manipulationen waren vorhanden. Geheimrat Moll gibt an, daß er sich seit etwa vierzig Jahren mit dem Okkultismus beschäftige. Verschiedene Phänomene ließen ihn anfangs aufmerken, doch sie hielten dann der ernsteren Kritik nicht stand. Er erkläre niemals es sei etwas unmöglich, aber er müsse die Beweise sehen unter Ausschluß jeder Fehlerquelle. Er sei wegen dieser Unvoreingenommenheit von Wundt angegriffen worden, aber er stütze sich auf Darwin, der auf eine Behauptung von jemand „wenn ich Bohnen pflanze und dabei Violine spiele, wachsen sie schneller" antwortete: „Das wollen wir untersuchen." Berufsmedien, die sich bezahlen lassen, seien ihm viel sympatischer als die Damen der Gesellschaft, die sich keiner Kritik unterwerfen wollen. Es sei der erste Fall, daß die Jurisprudenz die wissenschaftliche Kritik vor Gericht ziehe.

Begrüßungsabend für amerikanische Zahnärzte.

Das „American Stomatological Educational Committee for Europe" traf gestern vormittag in Berlin ein und wurde am Abend im Zahnärztehaus unter starker Beteiligung der deutschen Zahnärzteschaft feierlich empfangen. Reichs- und Staatsbehörden, die Kommune und die Parlamente hatten Vertreter entsandt. Der geschäftsführende Generalsekretär des Landesverbandes Berlin, Dr. Fritz Salomon, hielt in warmen Worten die Begrüßungsansprache. Er führte u. a. aus: „Nicht nur das allgemeine Wirtschaftsleben, nicht nur die Volksgesundheit, nicht nur der geistige und kulturelle Lebensstand der deutschen führenden Schichten ist durch den Krieg stark beeinträchtigt worden. Auch die Wissenschaft, einst in Deutschland in hoher Blüte, hat den dornenvollen Weg eines allmählichen Niederganges gehen müssen. Nur mit größter Mühe, unter Aufbietung aller Kräfte, ist es uns in den letzten zwei Jahren möglich gewesen, die Reste unseres Besitzstandes zu sammeln und einen Stillstand der unverkennbaren Abwärtsbewegung herbeizuführen. Dank der Arbeit der Universitäten und der Standesorganisationen hat es die deutsche Zahnärzteschaft dahingebracht, daß die Wissenschaft sich wieder zu heben beginnt und sich der Förderung der offiziellen Stellen zu erfreuen hat. Die Erkenntnis von der Bedeutung der wissenschaftlichen Zahnpflege ist auch bei den amtlichen Trägern der Volksgesundheitspflege in Wachsen begriffen und macht auch bei allen Fürsorgeträgern und beim Publikum erhebliche Fortschritte. Darauf nahm Professor Alfred J. Lagis aus New-York das Wort. Er dankte für den herzlichen Empfang, die interessanten Führungen durch Berliner wissenschaftliche Institute und hielt im Anschluß daran in deutscher Sprache einen Vortrag über: „Die stomatologischen Fortschritte in Amerika und Deutschland." Dann folgten noch drei weitere Vorträge, die mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen wurden. Und zwar sprach Professor Dr. Römer von der Universität Leipzig, über: „Neue Forschungen über die sogenannte Alveolarpyorrhoe" (die schwerste Erkrankung des Zahnfleisches), Dr. Konrad Cohn, Berlin, über: „Die soziale Bedeutung der Zahnpflege in den deutschen Schulen" und Professor Dr. Grove, von der Universität Erlangen, über: „Mundhygiene vom Standpunkte der Biologie".

Sie rücken ab!

Gestern abend fand in Britz eine öffentliche Wählerversammlung der SPD. statt. Nach dem Referat teilte der Vorsitzende den Beschluß des Bezirksvorstandes mit, kommunistischen Rednern in Zukunft das Wort in unseren Versammlungen nicht mehr zu erteilen. Indessen waren die Einladungen und Plakate für diese Versammlung bereits vor dem Dienstag gedruckt worden, an dem die Kommunisten ihre Heldentaten in der Hasenheide vollbracht hatten. Da nun „freie Aussprache" bereits gedruckt angekündigt war, wollte der Vorsitzende die Partei nicht dem Vorwurf aussetzen, sie verspreche eine freie Diskussion, um sie nachträglich zu unterbinden. Da die Empörung unserer Genossen gerade im Neuköllner Bezirk über das rohe Verhalten der „Roten Frontkämpfer" gegen die Reichsbannerleute am Dienstag abend besonders lebhaft ist, waren die Meinungen geteilt. In der Geschäftsordnungsdebatte, die über die Frage entstand, erklärte der Führer der Britzer Kommunisten Krauspaul ganz kleinlaut: „Wir in Britz haben euch doch noch niemals Anlaß zu solchen Beschwerden gegeben, bei uns in Britz ist doch so etwas wie am Dienstag in Neukölln noch nie passiert. Warum wollt ihr uns das Wort verweigern?" Der Vorsitzende konnte nun widerspruchslos feststellen, daß die Britzer Kommunisten von dem Verhalten ihrer Neuköllner Genossen abrückten. Unter dem Eindruck dieser Feststellung bewilligte die Versammlung ausnahmsweise einem Kommunisten Diskussionsrecht. Der Vorgang beweist jedenfalls, daß die Kommunisten durch den Beschluß unseres Bezirksvorstandes an der empfindlichsten Stelle getroffen werden. Vielleicht gelingt es uns noch, sie auf diese Art zu anständigen Menschen zu erziehen.

Das verseuchte Seebad Tegel.

Protestkundgebung des Arbeitersportkartells.

Am Mittwoch Abend fand im Restaurant „Strandschloßgarten" in Tegel eine große Protestkundgebung des 20. Bezirks des Arbeitersportkartells, unter des Devise „Seebad Tegel oder Groß-Berliner Müllgrube?", statt. In der Kundgebung wurde bittere Klage über die skandalöse Verunreinigung des Tegler Sees durch das systematische Abladen des Groß-Berliner Unrates geführt. Diese unerträglichen Mißstände, die seit einiger Zeit weiteste Kreise der Tegeler Bevölkerung in größte Unruhe versetzten, haben schon zu heftigen Debatten und Diskussionen, sowohl in der Lokalpresse als in Versammlungen geführt. Die maßgebenden Instanzen sollen auf die dringenden Vorstellungen der Sportkartelle, die schleunigste Abstellung dieses Uebels verlangten, überhaupt nicht reagiert haben. Der schwimmende Unrat, der das Baden fast zur völligen Unmöglichkeit mache, bedecke ganze Uferstrecken und gefährde die Gesundheit aller Sport- und Körperpflege treibenden Tegeler aufs Ernstlichste. Der Wasseraufsicht wurde zum Vorwurf gemacht, daß sie nicht mit der notwendigen Energie die Kontrolle der Entladungskähne vornähme. Ein unglaublicher Skandal sei es, daß eine Bevölkerung von zirka 25 000 Menschen sich mit 4 kleinen öffentlichen Badeanstalten begnügen müsse, um ihren Reinlichkeitsbedürfnissen nachzukommen. Dringend gefordert wurde eine Tag- und Nachtkontrolle beim Ein- und Ausladen der Kähne, um dem gemeingefährlichen Treiben einiger sprupelloser Unverantwortlicher ein Ende zu bereiten.

Ein Scheckschwindler verhaftet.

Vergnügungsreisen mit wertlosen Schecks machte ein Kaufmann Wilhelm Baruch, der im Mai d. J. aus einer Heilanstalt entlassen worden war. Baruch betrieb zunächst Kreditschwindeleien, indem er sich für einen Verwandten des Inhabers der bekannten Theaterausstattungsfirma ausgab. Dann benutzte er ein Scheckbuch, das er bei Einrichtung eines kleinen Kontos von der Südamerikanischen Bank in Berlin erhalten hatte. Sein Konto war längst erloschen, aber er stellte trotzdem einen Scheck nach dem anderen aus. Im Anfang vorigen Monats tauchte er unter dem Namen Rechtsanwalt Dr. Bruno Tischelmann aus Hannover in Wannsee auf, mietete mehrere Zimmer und erzählte dem Wirt, daß er mit seiner Familie seine Sommerferien am Wannsee verleben wolle. Weil er ein eigenes Auto hatte, so fiel es ihm nicht schwer, Kredit und auch kleinere und größere Darlehen zu bekommen, in einem Falle sogar 5000 M. Die Familie aber blieb aus. Eines Tages erklärte der Herr Rechtsanwalt, daß er abreisen müsse, bezahlte alle seine Schulden mit Schecks auf eine Berliner Filiale der Südamerikanischen Bank, bestieg sein Auto und fuhr davon. Der Wirt und die Kredit- und Geldgeber hatten das Nachsehen. Als auf Anzeige die Kriminalpolizei einschritt, war Baruch-Tischelmann aus Berlin verschwunden. Da tauchte in Warnemünde ein „Rechtsanwalt Horowitz" auf, der auf ein Haar dem Rechtsanwalt Tischelmann glich und es dort ebenso trieb, wie dieser in Wannsee. Als man ihn fassen wollte, war er auch aus Warnemünde wieder abgereist. Auch hier hatte er alles mit seinen wertlosen Schecks bezahlt. Nun fuhr der Schwindler mit seinem Auto nach dem Süden. Ueber Köln und Aachen wandte er sich nach Heidelberg, und dort wurde er jetzt entlarvt und festgenommen. Es ergab sich, daß er auch das Auto mit einem wertlosen Scheck gekauft hatte.

Ein großes Feuer kam in der letzten Nacht in der Jahnstr. 15 in der Hasenheide aus noch nicht ermittelter Ursache zum Ausbruch und konnte erst nach stundenlanger Tätigkeit von den Zügen 5, 8 und 11 gelöscht werden. Als der 11. Zug als erster an der Brandstelle ankam, standen dort schon im vierten Stock des Quergebäudes und rechten Seitenflügels auf dem letzten Hofe Räume der Metalldruckwarenfabrik von Robert Schulz mit samt den Dachstühlen beider Gebäude in ganzer Ausdehnung in Flammen. Bemerkt wurde der Brand erst spät vor Mitternacht, als die Flammen schon hell aus den großen Fabrikfenstern emporloderten und dicker Qualm die Höfe füllte. Die Feuerwehr griff sofort über eine mechanische Leiter und über die Treppen mit fünf Schlauchleitungen von Motorspritzen an. Es gelang die Flammen auf das vierte Stockwerk und die beiden Dachstühle zu beschränken. Die unteren Fabrikräume konnten geschützt werden. Auch die angrenzenden Wohnungen im rechten Seitenflügel auf dem ersten Hof blieben unversehrt. Heute früh um 5 Uhr konnte die Wehr wieder abrücken. Der Schaden ist erheblich, aber durch Versicherung gedeckt.

Die Reichsbahndirektion teilt mit, daß die am Sonntag, den 28. Juni 1925 ausgefallene Verkehrszählung nunmehr am Sonntag, den 5. Juli stattfindet.

Der Ulop hat seinem Programm eine neue Sensation eingefügt, und die Familie Binder als Turmseilläufer verpflichtet. Alltabendlich werden sie ihre sensationellen Kunststücke in der Luft zeigen.

Die Gemeinde Brieselang veranstaltet vom 1.—3. August die 5. Wiederholung ihrer Kirmes. An diesem Fest haben alljährlich zahlreiche Berliner teilgenommen, die den Ort als Eingangspforte für Wanderungen durch den Brieselang, den schönsten Laubwald in der Nähe Berlins, zu benutzen pflegen.

Neue Erdstöße in Kalifornien.

San Francisco, 4. Juli. (WTB.) Heute früh wurden in Kalifornien erneute Erdbeben verspürt. Ein besonders heftiger Erdstoß wird aus Santa Barbara gemeldet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

30. Abt. Morgen (Sonntag): Ausflug nach Buch. „Waldschenke" (Kaffeekochen) Treffpunkt 1/2 9 Uhr Wichert Ecke Greifenhagener Straße. Bei Regenwetter 8 Tage später.

Gewerkschaftsbewegung

Der „unparteiische" Gothein.

Beispielloser Zahlenschwindel.

Mit welcher Unverfrorenheit die Unternehmer und die Politiker und Schriftsteller, die sich in deren Dienste stellen, vorgehen, um die Hungerlöhne der deutschen Arbeiter verantwortlich zu machen für die Inflationssünden und die Denkfaulheit des deutschen Unternehmertums, dafür liefert die Nr. 13 vom 1. Juli des „Arbeitgeber", dem offiziellen Organ der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, ein klassisches Beispiel. Es wird da unter der Ueberschrift „Wirtschaftliche Lage und Lohnerhöhungen" vom Reichsminister a. D. Dr. ing. Gothein ein Leitartikel veröffentlicht, der folgendermaßen beginnt:

„Seit jenem unseligen Spruch, durch den der Schlichter die Reichsbahn zwang, die Löhne der Eisenbahner um einige Prozente zu erhöhen, **obgleich sie 152 Proz. der Vorkriegslöhne ausmachten**, während der Lebenshaltungsindex nur auf 131 gestiegen war, hat wieder eine außerordentliche Lohnbewegung eingesetzt."

Herr Gothein ist nachgerade berüchtigt als Sachwalter und Sachverständiger der rückständigsten Unternehmerinteressen. Was er sich jedoch hier geleistet hat, überschreitet selbst das Maß dessen, was eine voreingenommene Interessenvertretung wagen darf.

Also die Löhne der Eisenbahnarbeiter betrugen nach Herrn Gothein vor dem „unseligen Spruch" 152 Proz. der Vorkriegslöhne. Nehmen wir nun die offiziellen Angaben der Reichsbahngesellschaft zur Hand. Danach betrug der Höchstlohn eines Handwerkers im Jahre 1914 in Berlin 84 Pf. die Stunde. Vor dem 15. März 1925, also vor der letzten Lohnerhöhung, betrug in Berlin der Höchstlohn, d. h. der Lohn eines 24jährigen Handwerkers, 58 Pf. die Stunde, wozu noch eine Ortslohnzulage von 20 Proz. kommt. Insgesamt betrug also der Höchstlohn eines Handwerkers 70 Pf. die Stunde. Der Nominallohn eines Handwerkers in Berlin betrug also nur 83,4 Proz. des Lohnes der Vorkriegszeit.

Der Streckenarbeiter hatte in Berlin im Jahre 1914 einen Lohn von 44 Pf. die Stunde. Vor dem 15. März 1925 betrug der Lohn des Streckenarbeiters in Berlin 32 Pf., wozu noch 20 Proz. Ortslohnzulage kamen, insgesamt also 38,4 Pf. Der Nominallohn des ungelernten Streckenarbeiters betrug also nur 88,6 Prozent des Vorkriegslohnes.

Daraus macht nun der Reichsminister a. D. Dr. ing. Gothein, der als Unparteiischer bei Schiedsgerichten fungiert, einen Lohn von 152 Proz. des Vorkriegslohnes! Selbst wenn man zu den von uns angeführten Löhnen noch hinzurechnet die Frauen- und Kinderzulage, die ein Verheirateter bekommt, wodurch der Vergleich schon willkürlich gestaltet wird, selbst dann kann gar keine Rede davon sein, daß die Löhne der Eisenbahner auch nur annähernd sich in der Höhe bewegen, die Herr Gothein im „Arbeitgeber" angibt.

Wir gehen auf den Zahlenschwindel, mit dem Herr Gothein in seinem Artikel jongliert, nicht weiter ein. Es genügt, wenn wir festnageln, mit welcher Unverschämtheit die Unternehmer und ihre Anwälte die Oeffentlichkeit zu betrügen bemüht sind.

Die Bauarbeiter lehnen ab.

Urabstimmung am Dienstag.

In der Generalversammlung der Bauarbeiter, die am Freitag abend in den Residenzfestsälen tagte, berichtete Drügemüller über das Ergebnis der Tarifverhandlungen, das wir bereits in unserer gestrigen Abendausgabe mitgeteilt haben.

Er wies darauf hin, daß die von den Unternehmern bei den Verhandlungen vorgebrachten Argumente sehr dürftig waren. Die ganzen Verhandlungen erweckten den Eindruck, daß die Unternehmer an den Abschluß eines Bezirkstarifes, der die sozialen Forderungen der Bauarbeiter erfüllt, gar kein Interesse hatten. Trotzdem die Arbeitervertreter nachwiesen, daß durch die Forderungen der Arbeitnehmer die Finanzierung der Bauten nicht gefährdet werde, kamen die Unternehmervertreter mit der allen Unternehmern jetzt geläufigen Weisheit, die „Wirtschaft" könne weitere Belastungen nicht ertragen.

Ueber den Lohn der Facharbeiter wollten sie ja schließlich noch mit sich reden lassen, den Hilfsarbeitern aber könnten sie keine Zugeständnisse machen. Es würden ihnen jetzt schon von anderen Arbeitgeberverbänden Vorwürfe gemacht, weil die Löhne im Baugewerbe schon „übersetzt" sind und den Arbeitern in den anderen Industrien „Anreiz zu Lohnbewegungen" gäben. Jedenfalls ließen die angeführten Scheingründe klar erkennen, daß die Unternehmervertreter eine tarifliche Regelung der sozialen Forderungen umgehen wollten, während sie einer Lohnerhöhung gegenüber nicht ganz abgeneigt waren.

Die ausgedehnte Diskussion ergab die einmütige Auffassung, daß der vom Unparteiischen gemachte Vergleichsvorschlag nicht annehmbar sei, weil der Abstand zwischen Fach- und Hilfsarbeitern ein zu großer ist und die vorgeschlagenen Löhne überhaupt zu niedrig sind. (Es wird jetzt schon auf den Baustellen ohne Tarifabkommen mehr gezahlt.) Hauptsächlich aber käme für die Bauarbeiter nur ein gleichzeitiger Abschluß eines Lohn- und Tarifabkommens in Frage, was auch in einer einstimmig angenommenen Entschließung zum Ausdruck kam.

Die Versammlung beschloß ferner, die Urabstimmung am Dienstag den 7. Juli im Anschluß an sofort einzuberufende Bezirksversammlungen vorzunehmen.

Achtstundentag und Lohntarif erkämpft.

In den Halberstädter Wurstfabriken.

In allen Halberstädter Wurstfabriken ist jetzt der sogenannte Heine-Tarifvertrag eingeführt bzw. mit dem Zentralverband der Fleischer abgeschlossen. Es ist auch ein neues Lohnabkommen mit allen Firmen zustande gekommen. Die Herren Wurstfabrikanten, aber auch der Arbeitgeberverband haben eingesehen, daß die Firma Heine u. Co. am klügsten gehandelt hat, indem sie es garnicht zu einem neuen Konflikt kommen ließ und entgegen dem Willen des Arbeitgeberverbandes mit dem Fleischerverband einen neuen Manteltarifvertrag und auch ein neues Lohnabkommen abschloß. Der Achtstundentag ist jetzt wieder für alle Betriebe tariflich festgelegt.

Für Einheitsorganisation gegen Zollwucher.

Am 2. Juli tagte in „Haverlands Festsälen" eine stark besuchte Funktionärversammlung des Bezirks Berlin der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft, die sich mit der Frage der Vereinigung mit dem Deutschen Verkehrsbund, sowie gegen die Einführung von Schutzzöllen und erhöhte Verbrauchssteuern befaßte. Folgende Entschließungen wurden einstimmig angenommen:

„Die am 2. Juli in „Haverlands Festsälen" versammelten Funktionäre des Bezirks Berlin erblicken in der vom Gewerkschaftsvorstande angestrebten Vereinigung der Abteilung Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal des Deutschen Verkehrsbundes mit der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft eine gewerkschaftliche Notwendigkeit, die letzten Endes zu einer Einheitsorganisation des Postpersonals führen wird, im Wege der eine zielbewußte Interessenvertretung gegeben ist. Die zwischen beiden Organisationen erfolgte vorläufige Vereinbarung wird gutgeheißen."

„Die am 2. Juli in „Haverlands Festsälen" stark besuchte Funktionärversammlung der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft erhebt den schärfsten Protest gegen die Einführung von Schutzzöllen und erhöhte Verbrauchssteuern. Die Versammelten erblicken darin eine unerträgliche Belastung der breiten Bevölkerungsschichten zum Nutzen der Großagrarier und der Großindustrie. Wir verpflichten uns, alle Maßnahmen zu unterstützen, die die Gewähr dafür bieten, diesen unerhörten Angriff auf unsere ohnehin dürftige Lebenshaltung abzuschlagen."

Schiedsspruch in der Rheinschiffahrt.

Duisburg, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der gescheiterten Lohnverhandlungen für die Rheinschiffahrt hatte der Reichsarbeitsminister auf Antrag der Arbeitnehmerverbände ein Schlichtungsverfahren über die Lohnforderung der Arbeitnehmer, welche eine 20prozentige Lohnerhöhung ab 1. Juli vorsah, eingeleitet. Bei den am Freitag, den 3. Juli, in Köln stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach welchem die Matrosenwochenlöhne auf 37,50 M. festgesetzt wurden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 9. Juli.

Immer noch Stillegungen.

Gelsenkirchen, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Hochofenanlage der zur Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. gehörigen Abteilung Schalke in Gelsenkirchen kommen in den nächsten Tagen von dem bereits am 15. Juni gekündigten 280 Mann 200 zur Entlassung. Ein großer Teil kann in anderen Betrieben untergebracht werden. Gleichzeitig wurde am 1. Juli weiteren Beamten gekündigt. Mit der Entlassung der Belegschaft ist die Stillegung eines Hochofens zum 4. Juli verbunden. Von den 9 zu dieser Anlage gehörenden Hochöfen sind dann noch 4 einschließlich der 2 bei der Hütte Vulkan in Duisburg im Betrieb befindlichen Oefen unter Feuer.

Ausdehnung des belgischen Metallarbeiterstreiks.

Brüssel, 4. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der belgische Metallarbeiterstreik umfaßt zurzeit über 50 000 Arbeiter. Im Industriezentrum streiken 18 000, in Charleroi 11 000 und in Brüssel 10 000 Arbeiter. In Antwerpen wird noch gearbeitet. In Gent wurde der Streik beschlossen. In Fontaine-l'Eveque werden die Arbeiter am 24. Juli, dem Termin, an dem die angekündigte Lohnkürzung in Kraft treten soll, die Arbeit niederlegen.

Aussperren ist die Parole.

Aachen, 4. Juli. (WTB.) In der Nagelfabrik Leo Lammertz haben 139 Arbeiter die Kündigung eingereicht. Als Grund hierfür gaben sie an, daß der Arbeitgeber sich weigere, die acht Prozent auf den Grundlohn zu zahlen, die der örtliche Schlichtungsausschuß am 3. April den Arbeitnehmern als Zuschlag zugesprochen hatte. Die Lebenshaltungskosten seien seit dem 3. April noch weiter gestiegen. Der Arbeitgeberverband der Nagelindustrie soll, wie die „Kölner Volkszeitung" meldet, nun beabsichtigen, die Arbeiter der anderen Nagelbetriebe auszusperren. Hierdurch würden am 16. Juli rund 5000 Arbeiter arbeitslos werden.

Verhandlungen im englischen Kohlenbergbau.

London, 4. Juli. (TU.) Wie die „Times" berichtet, enthält der Vorschlag der Arbeitgeber insofern eine Ueberraschung, als keine Verlängerung des Siebenstundentages gefordert wird.

Die Exekutive der englischen Bergarbeitergewerkschaften erörterte gestern die Vorschläge der Grubenbesitzer für ein neues Abkommen. Auf der morgen stattfindenden Delegiertenkonferenz wird der Sekretär der englischen Bergarbeitervereinigung das auf Grund der Vorschläge der Grubenbesitzer entworfene Programm entwickeln. Wie „Exchange" aus autoritativer Quelle erfährt, lauten die neuen Vorschläge der Grubenbesitzer dahin, daß die am niedrigsten bezahlten Leute einen gewissen Lohn garantiert erhalten sollen, und, falls nicht genügend Gelder für die Auszahlung dieser Löhne zur Verfügung stehen sollten, so sollten die Löhne der besser bezahlten Arbeiter um dementsprechenden Betrag gekürzt werden. Das bedeutet, daß die nationalen Mindestlöhne 33⅓ Proz. über dem Stand des Jahres 1914 nicht mehr garantiert werden.

London, 4. Juli. (TU.) Die Lage im englischen Kohlenbergbau spitzt sich immer mehr zu. Die Delegiertenkonferenz der Grubenarbeiter hat gestern die Vorschläge der Grubenbesitzer für ein neues Lohnabkommen einstimmig abgelehnt und beschlossen, auf einem Mindestlohnsatz zu bestehen, der nicht geringer sein soll, als die vermehrten Lebenskosten erfordern. Das würde, statt der von den Grubenbesitzern vorgeschlagenen Herabsetzung, eine nahezu vierzigprozentige Erhöhung der Mindestlöhne bedeuten.

Ein allgemeiner ungarischer Setzerstreik in Sicht.

Budapest, 4. Juli. (TU.) In politischen Kreisen verlautet, daß die Gewerkschaft der Buchdrucker für den Fall, daß die Regierung das Verbot des Az Ujsag nicht in den nächsten Tagen aufheben sollte, etwa Mitte nächster Woche einen allgemeinen Setzerstreik angeordnet habe, der sich nicht nur auf die ungarische Hauptstadt, sondern auch auf die Provinz erstrecken werde.

Drohender Bergarbeiterstreik in Nordamerika.

Washington, 3. Juli. (EP.) Gegenwärtig droht ein Streik der Kohlenarbeiter, die eine Erhöhung der Förderlohnsätze fordern. Präsident Coolidge hat den Präsidenten der Kohlenarbeitergewerkschaften, John Lewis, nach Lambsott zu Besprechungen eingeladen.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Generalversammlung hat beschlossen, die Urabstimmung nicht am Sonntag, den 5. Juli, sondern am Dienstag, den 7. Juli, abends, im Anschluß an die Bezirksversammlungen vorzunehmen. Die Bezirksleute müssen unverzüglich Versammlungslokale festmachen und die Abstimmung vorbereiten. Die Abstimmung erfolgt durch Stimmzettel. Das Ergebnis der Abstimmung muß bis Mittwoch mittag in Händen des Vereinsvorstandes sein. Maßnahmen dürfen vor Feststellung des Abstimmungsergebnisses nicht vorgenommen werden. In jedem Fall ist mit dem Vereinsvorstand vorher Rücksprache zu nehmen. Am Mittwoch, den 8. Juli, abends 6½ Uhr, nimmt die Generalversammlung zu dem Abstimmungsergebnis Stellung. Die Generalversammlung findet in den Musikersälen (Bürgersaal) statt.

Der Vorstand.

Sport.

3. Kampftag des Qualitätsrings Punching.

In der Bockbrauerei, Fidicinstraße, fand gestern der dritte Kampfabend des Qualitätsrings Punching statt. Als erstes Paar stiegen Kurt Sasse-Berlin und Hans Stamms-Dessau in den Ring. 6 Runden, 6 Unzen und weiche Bandagen. Stamms war technisch besser und konnte einen Punktsieg für sich buchen. Das mit besonderem Interesse erwartete Zusammentreffen zwischen Paul Noack und Axel Krist (Federgewichtsmeister von Schweden) endete mit einem haushohen Punktsieg Noacks, der während des ganzen Kampfes im Angriff lag. Eine große Enttäuschung brachte der Kampf Rudi Wagener—Jack Tornsend-Kanada 10 Runden, vier Unzen und harte Bandagen. Ein unschöner Kampf, der auf beiden Seiten — am meisten aber auf seiten des Negers — keine Technik zeigte. In der 7. Runde mußte Wagener zu Boden (Leberhaken) und wurde ausgezählt. Dauernd erklangen Rufe, den Kampf wegen des auf beiden Seiten unfair geführten Schlagens abzubrechen. Sieger Jack Tornsend. Das schönste Treffen des Abends, das für vieles entschädigte, brachte Erich Brandl-Berlin und Willy Antonowitsch-Bremen in den Kampfring. Beide entwickelten eine fabelhafte Technik, doch gelang es Antonowitsch, einen Punktsieg für sich herauszuholen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Kameradschaft Köpenick. Achtung, Brandenburgfahrer! Treffpunkt: Sonntag früh 5 Uhr 28 Min. Bhf. Köpenick (nicht Spindlersfeld). **Untergruppe Bohnsdorf.** Die Teilnehmer an der Fahrt nach Brandenburg treffen sich Sonntag früh 6 Uhr Bhf. Grünau.

Theater der Woche.

Vom 5. Juli bis 13. Juli 1925.

Opernhaus: 5. Letzte Vorstellung vor den Ferien: Meistersinger. — **Schauspielhaus:** 5. Jugend. — **Kroll-Oper:** Der Stern von Assuan. — **Lessing-Theater:** Die blaue Stunde. — **Schiller-Theater:** Annemarie. — **Große Volksoper im Theater des Westens:** Uschi. — **Renaissance-Theater:** Die Pfarrhauskomödie. — **Die Tribüne:** Ab 6. Die Liebenden. — **Deutsches Künstler-Theater:** Meiseken. — **Komödienhaus:** Der letzte Kuß. — **Berliner Theater:** Anneliese von Dessau. — **Trianon-Theater:** Die Tugendprinzessin. — **Theater in der Kommandantenstraße:** Durch den Rundfunk. — **Komische Oper:** Das hat die Welt noch nicht gesehen. — **Lustspielhaus:** Geschlossen. — **Metropol-Theater:** Tausend süße Beinchen. — **Operettenhaus am Schiffbauerdamm:** Der kleine Kuppler (Le chien qui rapporte). — **Theater am Kurfürstendamm:** Madame Revue. — **Kleines Theater:** Angele. Der Arzt seiner Frau. — **Wallner-Theater:** Geschlossen. — **Rose-Theater:** 5. Der blaue Heinrich. Gartenbühne: Rund um die Berolina. Ab Montag: Die vertagte Nacht. — **Theater im Admiralspalast:** Chocolate Kiddies.

Nachmittagsvorstellung. **Rose-Theater:** 5. Die vertagte Nacht.

Geschäftliche Mitteilungen.

Im „See-Pavillon" (früher Kaiser-Pavillon) in Tegel finden sommerüber regelmäßig Sonntags große Feuerwerke unter der Leitung des durch seine Wasserfeuerwerke „Treptow in Flammen!" bestens bekannten Oberfeuerwerksmeister Lindner-Karlshorst statt.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: Artur Saternus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Morgen? Nur auf die Avus

zum Automobilrennen deutscher Film- u. Bühnendarsteller

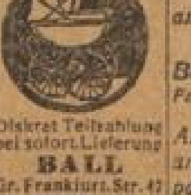
Es starten: Fern Andra, Lya de Putti, Hanni Weiße, Ria Jende, Ruth Goetz, Grete Hollmann, Miss Iby Chong, Thea de Terra-Harry Piel, Georg Alexander, Harry Lamberts-Paulsen, Curt Fuß, Curt Prenzel, Curt Courant, Leo Peukert, Paul Heidemann, Hugo Fischer-Köppe, Theo Mathejko, Charles Willy Kayser, E. Orska, Fritz Kaufmann, H. Sokal, Dr. Hermanns, Carl Boese, usw.
4 Rennen über insges. 300 km. In den Pausen gr. Betrieb, 2 Kapellen, Ueberraschg., Tombola, Hauptgew.: 1 Auto. Preise d. Plätze: Waldpl. 50 Pf., Zwischenschleifenplatz 75 Pf., Tattersallpl. 1 M., Nordschleifenpl. 2 M., a. d. Südschleife 2 M., in der Südschleife 3 M., Tribünenplätze v. 4 M. an

Beginn 2 Uhr

Jeden Sonntag Abend
Grandioses Feuerwerk
unter der Parole
Trommelfeuer in der Malche!
im „See-Pavillon" (früher Kaiserpavillon) in Tegel.
Ausgeführt vom Veranstalter von „Treptow in Flammen!"

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
— Fernsprecher: Norden 1198 —
Filiale Westen, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 — Tel. Pfalzburg 9821
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit ·

Zähne 1.2 G.-M. auf Teilzahlung
gestattet b. kl. Anzahl. u. wöchentl. Abzahlung von 1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatzkronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v. 3 G.-M. an. Zahnz. mit Betäub. 1 G.-M., b. Bestellg. von Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis. 5 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20 000 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.
Hatvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schönhauser Allee.
Vorzeiger 10% Rabatt.

Metallbettstellen
Korbmöbel, Kinderwagen

Diskret Teilzahlung bei sofort. Lieferung
BALL
Gr. Frankfurt. Str. 42 gegenüb. Markusstr.
Reparaturen anrufen Alex. 3186

Berliner Töpferhütte G. m. b. H.
angeschlossen dem Verband sozialer Baubetriebe
Berlin SO. 26, Waldemarstr. 14
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 9514
Ausführung sämtlicher Töpferarbeiten. Neue Oefen und Reparaturen in guter und preiswerter Ausführung. — Kostenlose heiztechnische Beratung.

Friedrich-Ebert-Medaille
Soeben erschienen Plakette aus echter vollklingender Glockenbronze, 9 cm Durchm., garantiert hervorragende Kunstbildhauerarbeit, Prachtstück für jedes Zimmer. Per Einschreiben oder Boten Mark 3.50. Voreinsendung oder Nachnahme. Wiederverkäufer in ganz Deutschland gesucht. Agra G. m. b. H., Berlin-Weißensee 5.

Ad. Zimmermann
Fernruf 83 Steglitz Fernruf 83
Lindenstraße 40 und am Wannseebhf.
Fahrräder · Kinderwagen
Ersatzteile · Reparaturen

Ernst Hess Nachf., Eingetragen i. R. 128. Gegr. 1872
Alle Musikinstrumente, Sprechapparate! - Fabrikation!
Gr. Jub.-Katalog gratis.
Fabrikpr. Reell. Schallplatten pr. St. 2.30

A. Beheim - Schwarzbachs Kaufmännische Privatschule
(Inh. F. Eggert)
Neukölln. Anmeldung. Ganghoferstr. 1 und Berliner Str. 82 (Privatwohnung)
Beginn neuer ½-Jahres- und ¼-Jahres-Lehrgänge. — Fernspr.: Neukölln 1063

Bad Schmiedeberg
Bez. Halle — Bahn Wittenberg-Eilenburg
Eisenmoorbad glänzend bewährt bei Gicht, Rheumatismus, Ischias, Frauenleiden usw.
Vollständig renoviert
Kurzeit März-Okt. Herrl. Waldgeg., Sommerfr., Touristenort. Kurhaus mit Kongreßsälen.

Möbelfabrik Willi Maass
Direkter Verkauf an Private nur im Fabrikgebäude. — Riesenauswahl
Berlin, Brunnenstr. 35

Damentaschen-Fabrik
Lederwarenfabrik Metzel
Prinzenstr. 60 zwisch. Moritzpl. u. Ritterstr.